

Antrag öffentlich	Datum 02.02.2007	Nummer A0031/07
Absender Fraktion Die Linkspartei.PDS		
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Ansorge		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	15.02.2007	
Kurztitel Sturmschäden - Katastrophenschutz		

Der Sturm Kyrill hat etliche Schäden auch in der Landeshauptstadt Magdeburg verursacht. Erfahrungen zur Wirksamkeit von Katastrophenvorsorge und anderem sind auszuwerten und Schlussfolgerungen zu ziehen.

Wir schätzen positiv ein, dass rechtzeitig Informationen zum Sturm / Unwetter über die verschiedenen Medien verbreitet wurden und Festlegungen zum rechtzeitigen Beenden des Schulunterrichts, zum frühzeitigen Abholen der Kinder aus den Kindereinrichtungen, zu Abbruch bzw. rechtzeitiger Beendigung von Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen usw. erfolgten.

Aber weil es auch zu teils unverständlichen Gefahrensituationen kam, möge der Stadtrat beschließen:

1. Der OB wird beauftragt, dem Stadtrat baldmöglichst eine umfassende Analyse der Folgen des Unwetters vom 18.01.2007 im Verantwortungsbereich der Stadt und ihrer Eigenbetriebe sowie Unternehmen vorzulegen und Vorschläge zu unterbreiten, die gewährleisten, dass die Stadt Magdeburg auch zukünftig in der Lage ist, bei Katastrophensituationen die Daseinsvorsorge für die Einwohnerinnen und Einwohner aufrecht zu erhalten und größtmögliche Sicherheit im öffentlichen Raum zu gewährleisten.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob vor dem Hintergrund der Schäden an städtischen Gebäuden durch den Sturm die Entscheidung zur Aufkündigung der entsprechenden Versicherung zurückzunehmen ist.
3. Der Stadtrat bittet den Oberbürgermeister, mit den Geschäftsführern der städtischen Unternehmen und der Unternehmen mit städtischer Beteiligung darüber zu beraten, in welchem Bereich der Daseinsvorsorge aus Sicht der Stadt Verträge mit Versorgern und / oder Dienstleistern überprüft werden müssen, um bspw. den öffentlichen Personennahverkehr, die Nachrichtenverbindungen (Notrufe), die Medienversorgung (Strom, Heizung, Gas, Wasser, Abwasser), die öffentliche Sicherheit ... bei Sturm und anderen Katastrophen zu gewährleisten.

Begründung:

Die Stadt verfügt über mehrere Stromzuleitungen (mit Mehrfachumschaltung) und in der Stadt kann mindestens dreifach umgeschaltet werden, so dass insbesondere unter den Bedingungen der heute vergleichsweise geringen Industrie der 4-5-stündige Totalausfall des Stromes für 30-50% der Stadt nicht verständlich ist. Vor allem der Ausfall und das Nichtfunktionieren der Ersatzlösungen (Notstromaggregate) in den großen Kliniken verlangt nach gründlichster Prüfung. Schließlich war die Unwetterwarnung rechtzeitig vorher angekündigt.

Das Telefonnetz war weitestgehend ausgefallen einschließlich des Mobilfunknetzes, so dass nicht einmal Notrufe (dringliche medizinische Hilfe, Polizei, Feuerwehr) möglich waren.

Es sollte eine Aussage gegeben werden, ob und inwieweit die Handlungsmöglichkeiten der Stadt bei Unwetter- und anderen Katastrophensituationen umfassend gesichert sind. Eine Aussage wird erbeten, ob durch die Übertragung vieler Aufgaben der Daseinsvorsorge auf kommunale Unternehmen oder solche mit Beteiligung privater Dritter die Handlungsfähigkeit der Stadt eingeschränkt wird.

Hans-Werner Brüning
Fraktionsvorsitzender